Mittwoch, 7. September 1932
Nr. 202. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Die Schuld von Ohlau

Gegenüber irreführender Mitteilungen über Urheberschaft und Schuld an den blutigen Ausschreitungen in Ohlau am 10. Juli 1932 wird aus den Urteilsgründen folgendes amtlich bekanntgegeben:

„Zur Entschuldigung der Angeklagten haben ihre Verteidiger geltend gemacht, daß die Ausschreitungen der Reichsbannerangehörigen lediglich durch das provozierende Verhalten der Nationalsozialisten ausgelöst worden seien . . . Bereits in Brieg hätten sich die Nationalsozialisten mit wurfgroßen Stücken aus Ziegelsteinen versehen und sie in ihren Brotbeuteln und Taschen verstaut; sie seien auch mit Pistolen und Gewehren ausgerüstet gewesen . . . Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß, selbst wenn einzelne Nationalsozialisten im Besitze von Schußwaffen gewesen sein sollten, nicht in einem einzigen Fall von diesen Waffen Gebrauch gemacht worden ist . . . Jedoch, ganz abgesehen davon, daß schon an sich diese angeblichen Provokationen, die auch nach der Darstellung der Angeklagten für keinen der Beteiligten auch nur die geringsten nachteiligen Folgen gehabt haben, die von den Angeklagten begangenen schweren Ausschreitungen nicht im geringsten entschuldigen können, können sie auch deshalb nicht zur Rechtfertigung der Angeklagten dienen, weil sie ihnen ja zur Zeit der Begehung ihrer Straftaten noch garnicht bekannt gewesen sind. Alle den Nationalsozialisten gemachten Vorwürfe sind erst nach und nach im Laufe des Verfahrens zusammengetragen worden. Zu der Zeit, als die Reichsbannerangehörigen den Zug zum Schloßplatz antraten, wußte keiner von ihnen etwas. Damals war ihnen lediglich gemeldet worden: „Schnell zur Pachurecke und auf den Ring, drin geht's los, die Nazis kommen." Das allein war das Signal zum Marsch auf den Schloßplatz, nicht die Entrüstung über Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Das Gericht ist deshalb davon überzeugt, daß die Gewalttätigkeiten der Reichsbannerleute lediglich durch ihre und ihrer Führer Angriffslust und Angriffsbereitschaft ausgelöst worden sind, weil die Reichsbannerangehörigen die Gelegenheit, die Nationalsozialisten zu überfallen und zu verprügeln und ihren in langer Feindschaft aufgespeicherten Haß an ihnen auszulassen, für günstig hielten . . ., das Gericht hat keinen Zweifel daran, daß die Reichsbannerleute, nachdem sie bereits in Qualiwitz genügend aufgehetzt worden waren, von ihren Führern lediglich zu dem Zweck im „Walfisch" zusammengehalten worden sind, um bei sich bietender Gelegenheit die Nationalsozialisten anzugreifen. Denn eine andere einleuchtende Erklärung für das Zusammenbleiben im „Walfisch" konnte nicht gegeben werden. Durnick behauptet zwar, er habe mit seinen Leuten das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein schützen wollen . . . Aber er hat keinerlei Angaben darüber machen können, wer ihm solche Aeußerungen zugetragen hat, und wann dies geschehen ist. Er hat tatsächlich auch nichts zum Schutz dieser Räume unternommen . . . So wenig die Tatsache, daß die Reichsbannerleute nach dem Kampf auf dem Ring im „Walfisch" zusammenblieben, auf die angebliche Besetzung der Stadt durch 2000 Nationalsozialisten zurückzuführen ist, so wenig ist den Angeklagten zu glauben, daß sie nach der Rückkehr aus Quallwitz nur zu dem Zweck im „Walfisch" versammelt geblieben sind, um das Gewerkschaftsbüro und den Konsumverein zu schützen. Für den einen, wie für den anderen Fall gibt es keine andere Erklärung, als die Angriffsabsicht des Reichsbanners."

Berlin, den 3. September 1932.

Zugleich für den Justizminister: Der Preußische Minister des Innern.
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: gez. Dr. Bracht
(Stempel) Beglaubigt Modrow, Ministerial-Kanzleisekretär.

Der Minister des Innern.
II 1206 e/58

Berlin NW 7, den 3. September 1932.

Anlässlich der Verhandlung über den Ohlauer Landfriedensbruch vom 10. Juli 1932 vor dem Sondergericht in Brieg hat Ihre Zeitung irreführende Mitteilungen über Urheberschaft und Schuld an den blutigen Ausschreitungen gebracht. Auf Grund des § 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 - RGBl. I. S. 297 - ersuche ich daher um Abdruck der in der Anlage beigefügten amtlichen Entgegnung in der nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer Ihrer Zeitung einschl. etwaiger Kopfblätter.

Die Entgegnung ist auf der 1. Seite am Kopf der Zeitung über alle Spalten hinweg abzudrucken, die Überschrift in 3 Cicero hoch, der Text in Borgis fett.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass nach § 5 Abs. 2 der Verordnung vom 14. Juni 1932 eine Stellungnahme zu der Entgegnung in der gleichen Nummer unzulässig ist.

Bei Zuwiderhandlungen gegen mein Ersuchen wird gemäss § 6 Abs. 1 Ziff. 6 der genannten Verordnung eingeschritten werden.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:

gez. Dr. Bracht.

An
die Schriftleitung der Zeitung
„Sozialistische Arbeiterzeitung"
Breslau.

Preuß. Ministerium des Innern
Kanzlei.
(Stempel.)
Beglaubigt:
Modrow, Ministerial-Kanzleisekretär.

Die Notverordnung gegen die Arbeiterklasse

Der Inhalt der Verordnung noch arbeiterfeindlicher als die Ankündigungen Papens

Die Verordnung zur Durchführung der von Papen in seiner Rede in Münster angekündigten faschistischen Wirtschaftsdiktatur ist am Sonntag vom Reichspräsidenten unterzeichnet und am Montagnachmittag offiziell verkündet worden. Man hat den ominösen Namen „Notverordnung" vermieden und den Titel „Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" gewählt.

Die Verordnung ist in vier Teile gegliedert:

1. „Entlastung der Wirtschaft".
2. „Sozialpolitische Maßnahmen".
3. „Kreditpolitische Maßnahmen".
4. „Finanzpolitische Maßnahmen".

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten werden noch eine Reihe, direkt von der Regierung zu erlassenden Ergänzungsverordnungen unter anderem über die „Auflockerung des Tarifwesens, über den „Umbau der Sozialgesetzgebung" usw. herausgegeben werden. Als Stichtag des Inkrafttretens des ganzen Verordnungswerkes ist der 1. Oktober 1932 vorgesehen.

Schon der Inhalt der jetzt bekanntgegebenen Rahmenverordnung genügt, um zu sagen, daß für die Arbeiterschaft die schlimmsten Befürchtungen übertroffen wurden. Die Regierung des Herrenklubs ließ sich offensichtlich ausschließlich von dem Gedanken leiten: Wie kann dem Kapital auf Kosten der Arbeiter, kleineren Angestellten und Beamten neuer Profit zugeschanzt werden. So sind seit der Papenrede alle bekanntgewordenen Sonderwünsche der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen berücksichtigt. Aber alle Proteste und Warnungen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften sind völlig unberücksichtigt geblieben.

Es bleibt nicht nur bei dem 2,2-Milliardengeschenk an das Kapital, bei der 400-Mark-Prämie pro Arbeiter für den Unternehmer, bei der „Tarifauflockerung" usw., sondern auch die von der Regierung noch am Sonnabend dreist dementierte Meldung der SPD-Presse bewahrheitet sich vollkommen. Als

neu hinzugekommene Verschlechterung

enthält die Verordnung die Ermächtigung für die Reichsregierung, eine völlige Umgestaltung der gesamten sozialen Gesetzgebung diktatorisch vorzunehmen. Ferner werden entsprechend der von uns gebrachten Nachricht der „Kölnischen Zeitung" die Löhne und Gehälter der in öffentlichen und halböffentlichen Betrieben generell und ohne Rücksicht auf bestehende Tarife abgebaut, sofern sie bisher über den reichstariflichen Sätzen liegen.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung

Im ersten Teil wird die Frage der Steueranrechnungsscheine behandelt, die den Namen Steuergutscheine erhalten und in folgenden Fällen gewährt werden:

1. Für Steuerzahlungen (Umsatzsteuer mit 50 Prozent, Gewerbesteuer mit 40 Prozent, Grundsteuer mit 25 Prozent und Beförderungssteuer in Höhe des Ganzbetrages, wie bereits früher angekündigt.
2. Für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern sollen vierteljährlich 100 M. in Steuergutscheinen für jeden neu eingestellten Arbeitnehmer vergütet werden.

Wenn beispielsweise ein Unternehmer in der Zeit vom Oktober 1932 bis September 1933 in seinem inländischen Unternehmen

mehr Arbeiter und Angestellte als im Durchschnitt der Monate Juni-Juli-August d. J. in einem Kalendervierteljahr beschäftigt, so hat er jeweils Anspruch auf Steuerrochlab in Form des Steuergutscheines. Die Steuergutscheine für Steuern und Mehrbeschäftigung werden von den Finanzämtern ausgegeben, die näheren Bestimmungen darüber, in welchen Fällen der Mehrbeschäftigung sie zu gewähren sind (Saisonbetriebe, Mindestdauer der Arbeitszeit, für welche Gruppen von Arbeitnehmern Neueinstellungen nicht anzurechnen sind) erläßt das Reichsarbeitsministerium. Auf Hauswirtschaft, Heimarbeit und Hausgewerbe finden die Vorschriften grundsätzlich keine Anwendung.

Die Scheine werden in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 mit je ein Fünftel bei Zahlungen der Besitz- und Verkehrssteuern, mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftssteuer, und bei Zöllen und Verbrauchssteuern in Anrechnung gebracht. Sie sind zu jeweils 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Mark gestückelt. Für die Jahresabrechnung folgen später Scheine zu 10 und 20 Mark. Die Steuergutscheine sind bekanntlich an der Börse zugelassen und befreit von der Börsenumsatzsteuer. Fernerhin werden ab 16. September die Steuer-Verzugszuschläge von 1¼ auf 1 Proz. für jeden halben Monat herabgesetzt und bei der Umsatzsteuer Steuerfreiheit nach § 7 für Milchlieferungen bei Reinigungs-, Erhitzungs- oder Tiefkühlungsverfahren gewährt. Weiterhin wird für die Instandsetzung von Wohngebäuden usw. dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung gewährt, 50 Millionen Mark auszugeben. (Neben diesen 50 Millionen Mark direkter Liebesgabe erhalten die Hausbesitzer noch eine solche von mehreren hundert Millionen durch die Steuergutscheine auf Grundsteuer. Doch „aus technischen Gründen" wird staatlich nicht die geringste Kontrolle ausgeübt, ob die Hausbesitzer auch mit dem Geld Reparaturen durchführen. — Für die Mieter — natürlich — keinen Pfennig Nachlaß!)

Im zweiten Teil der Verordnung wird die Reichsregierung beauftragt, die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen — lies verschlechtern. (Aufbau der Reichsversicherungen, Arbeitsverfassung, Arbeitsvertrag, Tarifrecht, Verfahrensgang, Arbeitslosenhilfe.)

Im dritten Teil wird den gewerblichen Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften die Möglichkeit gegeben, Garantien bis zu 45 Millionen Mark und Zinszuschüsse in Höhe von 3,4 Millionen zu erhalten. Den Grenzgebieten werden zur Förderung des Wirtschaftslebens 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Der vierte Teil besagt, daß die Länder zur Weitergabe an die Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände monatlich einen Betrag für die Wohlfahrtshilfe erhalten. Gegenüber dem bisherigen Rückbehaltungsrecht eines Betrages von 10 Prozent der Länder zwecks Verteilung an besonders schwer betroffene Gemeinden wird auf 20 Prozent heraufgesetzt. Die Bürgersteuer wird entgegen früheren Erklärungen auch in den kommenden Jahren weiter erhoben, die Gemeinden können sie für das letzte Quartal 1932 nach den bisherigen Sätzen erheben. Der Zuschlag für die Ehefrau in Höhe von 50 Prozent fällt fort. Eine Aenderung tritt bei der Gemeinde-Biersteuerentschädigung ein durch Abänderung des Verfahrens. Die Vergünstigungen für die Spar- und Girokassen, die kommunalen Kreditinstitute usw. werden verlängert. Bei den subventionierten Unternehmungen dürfen während der Dauer der finanziellen Beihilfe die Dienstbezüge der Angestellten nicht die Dienstbezüge eines Reichsministers übersteigen. Die Gerichte sollen nicht befugt sein, die Zulässigkeit dieser Anordnung nachzuprüfen. Die Deutsche Rentenbankkreditanstalt wird durch die Notverordnung von sämtlichen Steuern befreit.

Des weiteren werden
Vorschriften über die Beanstandung von Angestellten- und Arbeiterbezügen bei Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften, sowie gemischtwirtschaftlichen Betrieben erlassen

für alle Fälle, in denen die Angestellten und Arbeiter günstiger gestellt sind als bei den Reichsverwaltungen. Diese Beanstandungen sind für die Gerichte von bindender Wirkung. Sie werden je nach Zuständigkeit vom Reichsarbeitsminister, vom Reichsfinanzminister oder von der obersten Landesfinanzbehörde erhoben. Zum Schluß bringt die Verordnung Vorschriften, denen zufolge Dienstbezüge bei Gemeinden und Körperschaften nach den Vorschriften der zweiten Gehaltskürzungs-Verordnung herabzusetzen sind.

Es soll ferner ein Reichskommissar zur Beaufsichtigung der vom Reich subventionierten Betriebe eingesetzt werden. Das wäre dann das einzige Beruhigungs- und Schönheitspflästerchen für die SPD und den ADGB, die bekanntlich die „Staatskontrolle" derartiger Betriebe fordert. In der Praxis wird dieser Reichskommissar aber sicher nicht gegen die privatkapitalistischen Interessen „kontrollieren", sondern er wird zum Anwalt für immer neue Subventionen werden.

*

Die Verordnung ist ein außergewöhnlich umfangreiches Dokument, das im Reichsgesetzblatt über sieben Druckseiten umfassen wird. Statt einen kurzen zusammenfassenden Verordnungstext mit mehr oder minder ausführlicher Begründung und Erläuterung hat die Regierung — offenbar um das Ungeheuerliche ihrer Diktaturmaßnahmen nicht in allzu nackter und krasser Form in Erscheinung treten zu lassen — den umgekehrten Weg gewählt und das ganze Machwerk in verklauselierter mit weitschweifigen Erläuterungen versehener Form herausgegeben.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Verordnung nichts mehr und nichts weniger darstellt als

einen vollkommen konterrevolutionären Umsturz auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Steuer-, Sozial-, Arbeitsrecht und Tarifgesetzgebung.

Ob bei der Durchführung dieser Verordnung der Reichstag bestehen bleibt und vielleicht sogar Sitzungen abhält, oder ob er aufgelöst oder „bis auf weiteres" vertagt wird, ist völlig gleichgültig, denn fast alles, was das Wesen des Parlaments ausmacht, vor allem das Etatsrecht und die Gestaltung der Sozialgesetzgebung, ist ihm damit völlig entzogen.

Der Erlaß der Verordnung war begleitet von allerlei Rundfunk-Ministerreden. Sie hatten den Zweck, „dem Volk" weiszumachen, daß diese Wirtschaftsdiktatur nur im Interesse der armen Arbeitslosen und zur Ankurbelung der Wirtschaft durchgeführt werden. Der Finanzminister legte besonderes Gewicht darauf, zu betonen, daß die Steuergeschenke von 2,2 Milliarden auf Kosten der zukünftigen Steuereingänge „ganz ungefährlich" seien, denn die lumpigen 500 Millionen Mark, die von 1933 bis 1938 pro Jahr zurückzuzahlen sind, wären ein Pappenstiel im Vergleich zum Gesamtetat des Reiches mit 6 bis 8 Milliarden Mark. Dieser Dilettantismus, besser diese Täuschung der Bevölkerung kann nicht übertroffen werden.

Entscheidend ist die Frage ob, selbst wenn man sich einmal theoretisch auf den Boden des Papenprogramms stellt, wenigstens für die Arbeiterklasse die Hoffnung und Aussicht besteht, für die unsäglichen Opfer, die ihr aufgebürdet werden durch eine spätere Besserung, durch, wenn auch allmähliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit entschädigt zu werden. Das muß grundsätzlich verneint werden.

Die Not der Arbeiterklasse wird durch dieses Programm jetzt und auch für die Zukunft in jeder Hinsicht vergrößert. Zwar wird vielleicht die Zahl der Arbeitslosen etwas sinken. Aber die von der Arbeiterklasse bisher bezogene Gesamtsumme an Lohn und Sozialunterstützungen wird durch das Programm gewaltig verringert. Der neueingestellte Arbeitslose wird im Betrieb nicht wesentlich mehr an Lohn bekommen, als er bisher an Arbeitslosen- bezw. Wohlfahrtsunterstützung bezog. Der Lohn des Betriebsarbeiters und Angestellten wird im Durchschnitt auf den Satz der Wohlfahrtsunterstützung herabgedrückt. Dazu kommt die Vernichtung aller in Jahrzehnten erkämpften sozialen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften und die Zerschlagung der Gewerkschaften.

„Die Wirtschaft" wird mit all den Liebesgaben an das Kapital bestimmt nicht angekurbelt. Sie dienen, wie bisher die Milliarden Agrarliebesgaben, nichts anderem als zur künstlichen Aufrechterhaltung der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft, der bankrotten Einzelunternehmen und damit zur Verlängerung der Qual und des Elends der ganzen schaffenden Bevölkerung.

Darum ist jeder Versuch seitens der Arbeiterklasse, wie das von der Gewerkschaftsführung schon erstrebt wird, an diesem faschistischem Wirtschaftsprogramm durch Verbesserungsvorschläge und Reformen „positiv" mitzuarbeiten, ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Es gibt nur eines:

Kampf der ganzen geschlossenen Arbeiterklasse und aller ihrer Organisationen gegen dieses Programm und für den Sturz dieses Systems!

Gewerkschafts-Kongreß in England

Der alljährlich stattfindende Gewerkschaftskongreß in England wurde am Montag mit einer großen öffentlichen Kundgebung in Newcastle eröffnet. Citrine, der zurzeit maßgebende englische Gewerkschaftsführer und Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam, jetzt Berlin) soll in seiner Eröffnungsrede „scharfe Angriffe gegen die Regierung" gerichtet haben. (Selbst wenn das stimmt, sind bei den Erzreformisten Citrine und Genossen daraus gewiß keine revolutionären Konsequenzen zu erwarten.)

Der Kongreß, an dem 576 Vertreter aus allen Teilen Englands teilnehmen, soll sich in der Hauptsache mit der Arbeitslosenfrage, mit Finanz-, Wirtschafts- und handelspolitischen Fragen sowie mit internationalen Problemen, wie der Abrüstungsfrage und dem Zollwesen, befassen. Auch die Ottawaer Konferenz, zu der der Gewerkschaftskongreß eigene Beobachter entsandt hatte, wird erörtert werden.

Solidaritätskundgebung

New Castle, 5. September.

In einer vom Generalrat der Gewerkschaften angenommenen Entschließung zum Lancashire-Streik wird die Haltung der Arbeitgeber einer scharfen Kritik unterzogen — die Resolution spricht sogar von „leichtfertiger Politik" — die Streikenden selbst können der vollen Sympathie des Gewerkschaftskongresses gewiß sein, der alles tun will, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen und ihnen jede moralische und finanzielle Hilfe zu gewähren. Der Präsident des Kongresses teilte mit, daß sich der Generalrat mit einem Betrag von 1000 Pfund Sterling an die Spitze der öffentlich aufgelegten Sammellisten stelle.

Englands Arbeitslosenzahl wächst weiter

WTB. **London, 5. September.**

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 22. August 2 859 828, das ist 48 046 mehr als am 25. Juli und 126 046 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Momentaufnahmen vom Stahlhelm-Tag

Ein Berliner Arbeiter schreibt der SAZ: „Ich werde Euch kurz ein Stimmungsbild geben über den Abmarsch des Stahlhelms. Diejenigen Teile des Stahlhelms, die ihren Abmarsch über das Arbeiterviertel Neukölln vornahmen, begegneten eisiger Ablehnung. Stellenweise wurden sie mit gebührenden Zurufen bedacht. Monokelträger wurden mit folgenden Worten begrüßt: „Kiek mal, den, der hat erst die erste Rate von seiner Brille bezahlt und trägt deshalb nur ein Glas!" Allerdings war das Bild im Südwesten Berlins anders. Hier wurden die Stahlhelmer des öfteren mit „Front Heil" begrüßt. Am meisten allerdings von alten Leuten. Da in unmittelbarer Nähe des Flughafens, wo die Parade stattgefunden hat, im Südwesten Berlins Schupokasernen stehen, war die Abwehrbewegung etwas schlechter möglich, aber doch ertönte an der Bergmann-Ecke Bärwaldstraße das Propellerlied.

In den Arbeiterbezirken traten die Stahlhelmer, außer an dem Tag, an dem sie zur Parade marschierten, gar nicht in Erscheinung. An den „historischen" Stellen, Reichstag, Siegessäule, Unter den Linden, Wilhelmstraße (Regierungsviertel) und Zeughaus, außerdem im Westen sah man sie allerdings rudelweise. Bemerkenswert auch der Transport der Stahlhelmer, die per Auto kamen; die einfachen Muschkoten per Lastwagen, hinterher einige Privatautos für die hohen Tiere."

*

Der Stahlhelmtag hat sieben Todesopfer von Teilnehmern gefordert: durch Unglücksfälle, durch Herzschlag — und infolge sinnloser Betrunkenheit.

*

Es haben sich gemeinsam photographieren lassen: Putschist Fürst Starhemberg, Putschist Major Pabst, Reichsernährungsminister Freiherr von Braun, Kapp-Putschist Lüttwitz, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl. Da sieht man deutlich, zu wem sich die Herren der Regierung Papen hingezogen fühlen!

Ein prophetischer Druckfehler

Wolffs Telegraphen-Büro verbreitet folgende Meldung:

„Die Reichsregierung hat eine Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit vom 5. September 1932 erlassen."

In der Tat: besser läßt sich die neue Notverordnung nicht kennzeichnen!

Zeitungsverbot

Frankfurt a. M., 5. September.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Frankfurt erscheinende „Arbeiterzeitung", Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juli 1932 mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 18. d. M. verboten.

Kommunistische Demonstration in Portugal

Lissabon, 5. September.

Bei kommunistischen Kundgebungen, die sich gestern hier ereigneten, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Queluz demonstrierten Kommunisten vor der Artilleriekaserne. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Wahrscheinlich Montag Reichstagssitzung

VDZ. **Berlin, 5. September.**

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, hat Präsident Göring die Absicht, den Reichstag für kommenden Montag, den 12. September, einzuberufen. Auf der Tagesordnung wurde die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung stehen. Das Reichstagspräsidium rechnet damit, daß der Empfang beim Reichspräsidenten am Sonnabend dieser Woche stattfindet.

Wieder einer abgesägt

CNB. **Berlin, 5. September.**

Der Leiter der politischen Abteilung im Polizeipräsidium, Regierungsdirektor Goehrke, der sich zur Zeit noch im Urlaub befindet, wird, wie wir erfahren, nach seiner Rückkehr vom Urlaub die Leitung der politischen Abteilung nicht mehr übernehmen.

Goehrke wurde von der Nazipresse heftig angegriffen, weil er sich als Republikaner und Demokrat bekannt hat. Darum muß er nun gehen.

Ein Austritt aus der NSDAP

Dresden, 5. September.

CNB. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schulleiter Emil Fischer aus Plauen i. V. hat in einem an den Landtagspräsidenten gerichteten Schreiben seinen Austritt aus der NSDAP und der nationalsozialistischen Fraktion erklärt. Fischer begründet diesen Schritt mit Meinungsverschiedenheiten in Kultur- und Erziehungsfragen sowie mit dem Fehlen eines klaren Schulprogramms der Partei. Unmöglich aber werde ihm sein weiteres Verbleiben durch die letzten Entschlüsse der Parteiführung und die Koalitionsbestrebungen mit dem Zentrum gemacht, die seiner Auffassung nach einen Bruch mit der Idee des Nationalsozialismus bedeuteten.

Abg. Fischer stand seit längerer Zeit bereits im Gegensatz zur offiziellen Linie der NSDAP; ihn scheinen vor allem auch die brutalen und gemeinen Kampfmethoden der Nazis angeekelt und schließlich abgestoßen zu haben. Er wird sich in acht nehmen müssen, daß er nun nicht der nationalsozialistischen Feme zum Opfer fällt!

Eine Leuchte der SPD

Dresden, 5. September.

CNB. Wie die Dresdner Nachrichten melden, hat der Amtshauptmann von Großenhain, Fellisch, gegen den bekanntlich ein Disziplinarverfahren schwebt, unter Verzicht auf die Ruhegehaltsansprüche freiwillig seinen Rücktritt erklärt und ist auf seinen Antrag aus dem Staatsdienst entlassen worden. Fellisch, der der SPD angehört, war vom 1. November 1923 bis 3. Januar 1924 sächsischer Ministerpräsident.

Das Disziplinarverfahren gegen Fellisch wurde wegen seines skandalösen Lebenswandels (Liebe zum Alkohol und zur Halbwelt) eröffnet. Auf die Durchführung dieses Verfahrens hat er nun selbst, aus begreiflichen Gründen, verzichtet. Politisch bemerkenswert ist an der Affäre, daß Fellisch in der SPD verbleiben konnte, obwohl seine Lebensführung seit Jahren allgemein bekannt war. Man sah dort keinen Anlaß, ihn auszuschließen!

Heinrich Schulz gestorben

Der frühere sozialdemokratische Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Heinrich Schulz, ist kurz vor Vollendung des 60. Lebensjahres gestorben.

Heinrich Schulz war in jungen Jahren ein tapferer Kämpfer gegen Kulturreaktion und für sozialistische Bildungsarbeit. Später ging er zum reformistischen Flügel der SPD über und wurde einer der Hauptverantwortlichen für jene sozialdemokratische Kulturpolitik, die allen Ansprüchen des Zentrums die Wege ebnete.

Protest gegen den Abbruch des Felseneck-Prozesses

CNB. **Berlin, 5. September.**

Die Gesamtverteidigung im Felseneck-Prozeß, sowohl die der kommunistischen, wie die der nationalsozialistischen Angeklagten hat gegen den Beschluß des Schwurgerichts, durch den der Felseneck-Prozeß abgebrochen worden ist, Beschwerde beim Kammergericht erhoben, mit der Begründung, daß es sich lediglich um einen Scheinbeschluß handele, der künstlich motiviert sei, um die Entscheidung des Kammergerichts im Falle Litten zu sabotieren. Gleichzeitig werden die Verteidiger heute noch um eine Unterredung beim Justizminister nachsuchen und sich auch in einer formulierten Erklärung an die Oeffentlichkeit wenden.

*

Dieser Protest gegen das beispiellos dastehende Verhalten des Schwurgerichtsvorsitzenden und des Berichterstatters ist schon deshalb berechtigt, weil ein Teil der Angeklagten seit 8 Monaten in Untersuchungshaft sitzt und wahrlich Anspruch darauf hat, daß endlich die Entscheidung fällt! Die Verteidigung hat außerdem einen Antrag auf Haftentlassung der noch in Untersuchungshaft sitzenden 14 Angeklagten eingebracht — aber dieser Antrag hat leider wenig Aussicht auf Berücksichtigung.

Um die weltliche Schule

Seit von unserer Reichsverfassung nichts mehr übrig geblieben ist, als der Artikel 48, erscheint auch jenes Stück der Arbeiterbewegung immer stärker bedroht, das im Artikel 149 seine rechtliche Grundlage hat, die weltliche Schule. Die Nationalsozialisten fordern ihre sofortige Beseitigung, die Deutschnationalen wollen sie in eine Sonderschule umwandeln für die Kinder, deren Eltern keiner christlichen Kirche angehören. Beide machen der weltlichen Schule den Vorwurf, daß sie infolge des Fehlens der christlichen Grundlage zu einer Pflanzstätte „marxistischen Ungeistes" geworden sei.

Dem könnte man zunächst eines entgegenhalten: Von den fast 13 Millionen Deutschen, die bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimme einer der drei sozialistischen Parteien gaben, haben wahrscheinlich noch nicht 100 000 eine weltliche Schule besucht. Der marxistische Ungeist, das heißt für uns die Erkenntnis, daß der Prolet infolge seiner Klassenlage in die sozialistische Front gehört, muß wohl doch einen ganz anderen, viel fruchtbareren Nährboden haben, als die weltliche Schule. Und dieser Nährboden ist die gesamte Regierungs- und Wirtschaftskunst der herrschenden kapitalistischen Klasse! Jeder neue Lohn- und Unterstützungsraub, jede den Ausgebeuteten neu verordnete Not ist neuer Pflanzboden für die Erkenntnis der proletarischen Klassenlage, wird Hunderttausende neuer Streiter für den Sozialismus hervorwachsen lassen, und indem die herrschende Klasse heute Stück für Stück von dem verwirklicht, was Karl Marx vor über 70 Jahren mit prophetischem Blick voraussah, beweist sie sich als ein Lehrmeister des Marxismus von solcher Ueberzeugungskraft, wie die weltliche Schule nicht einen besitzt.

Es ist wirklich nicht die Sorge um den Nachwuchs der sozialistischen Parteien, die uns für die Erhaltung und den Ausbau der weltlichen Schule eintreten läßt. Erziehung zu irgend einem Parteikatechismus lehnt die weltliche Schule nachdrücklichst ab. Man muß ins faschistische Italien gehen, um schon in den Fibeln der Sechsjährigen Sätze zu finden wie: „Unser Herrscher ist Viktor Emanuel. Es lebe der König, es lebe Mussolini!" Ein solches von außen Hineintragen für Kinder gänzlich unverstandener Glaubenssätze ist das ganze Gegenteil der Pädagogik der weltlichen Schule. Sie füllt nichts von Außen ins Kind hinein — auch den Marxismus nicht — sie weckt schlummernde Kräfte, sie läßt von innen heraus sich entfalten, sie läßt wachsen.

Aber die weltliche Schule unterscheidet sich darin ganz wesentlich von allen konfessionellen (sprich bürgerlich-kapitalistischen), daß sie klar erkennt: Das Entfalten der kindlichen Kräfte, das Wachsen einer jungen Persönlichkeit, vollzieht sich nicht im luftleeren, gesellschaftslosen Raum, sondern in der gesellschaftlichen Wirklichkeit von heute. Die konfessionelle Schule setzt Ziele und stellt daraus Forderungen an das Kind und kümmert sich den Teufel darum, ob in der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Kindes überhaupt irgendwelche Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Forderungen gegeben sind. Sie lehrt: „Du sollst nicht begehren. Begehrlichkeit nach den Gütern des Nächsten ist Sünde." Aber sie fragt nicht danach, daß der Anblick der mit Obst und Wurstschnitten gefüllten Frühstückstasche des Bürgerkindes auf Kinder, die hungern, aufreizend bis zum Mundraub wirken muß, daß der Anblick luxuriös gekleideter Bürgerkinder bei Kindern, die in Lumpen frieren, Neid und Begehrlichkeit im höchsten Maße erregen muß.

Die weltliche Schule lehnt solche Zielsetzungen aus einer sogenannten göttlichen Weltordnung ab. Sie bleibt im Geiste von Goethes Prometheus mit beiden Füßen auf der Erde. Sie sieht das harte gesellschaftliche Sein ihrer Kinder und sie tut nichts, um zu verhindern, daß dieses harte Sein den Kindern auch zum Bewußtsein kommt. Sie vertuscht nichts, und sie lullt nichts klar Erkanntes etwa gefühlsmäßig wieder ein. Damit fällt für die weltliche Schule jede religiöse Vertröstung auf ein besseres Jenseits. Damit fallen für die weltliche Schule Lieder und Gedichte wie: „Was frag ich viel nach Geld und Gut". Sie lehrt im Gegenteil ihre Kinder fragen, fragen nach dem Warum des gesellschaftlichen Geschehens, wie es zum Beispiel Hans Hyan im Lied der Arbeitslosen tut: „Verdammt noch mal, wir wollen wissen, warum ihr satt seid und wir hungern müssen!" Sie lehrt ihren Kindern im Rechnen nicht, daß dreimal Eins auch Eins sein könne (Vater, Sohn und Heiliger Geist gleich ein Gott), wie es ein katholischer Pädagoge ernsthaft forderte, sie lehrt sie aber ausrechnen, wie viel oder wie wenig Brot, Fleisch usw. vom Wochenlohn eines Kurzarbeiters oder vom Richtsatz der Wohlfahrtsunterstützung gekauft werden kann, und wie viel Dividende ein Aktionär eines großkapitalistischen Unternehmens für sein Nichtstun bezieht! Sie lehrt ihren Kindern die „Grundrechte der Deutschen", das Recht auf Schutz gegen Ausbeutung und Verwahrlosung, das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, das Recht auf eine gesunde Wohnung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit, wie sie in unserer Reichsverfassung so schön auf dem Papier stehen. Sie weckt das Verlangen nach diesen heute der Arbeiterschaft mehr als je vorenthaltenen ideellen und materiellen Gütern dieser Erde.

Aber die weltliche Schule macht ihre Kinder nicht nur zu Menschen, die einen besseren Zustand als den gegenwärtigen fordern, sondern auch zu Menschen, die in ihrem Können und in ihrem Charakter die Erreichung einer besseren Ordnung der gesellschaftlichen Dinge fördern. Weltliche Schule in ihrer besten Form ist nicht Lehranstalt, sondern Arbeits- und Lebensgemeinschaft, in der alle Tugenden eines guten, arbeitserfüllten Gemeinschaftslebens zu schönster Entfaltung kommen: Die Freude am gemeinsamen Schaffen eines gemeinsamen Werkes, ein aus erfolgreicher Arbeit wachsendes kollektives Selbstbewußtsein, Hilfsbereitschaft des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren und aus all dem die schönste Perle aller proletarischen Tugenden, Solidarität. Sie bezieht in diese Arbeits- und Lebensgemeinschaft auch die Eltern mit ein, und erreicht durch deren solidarische Mithilfe oft eine Ueberwindung der heutigen finanziellen Not der Schule, die den Kindern der weltlichen Schulen günstigste Arbeitsbedingungen schafft.

Diese Grundsätze der unbedingten Lebenswahrheit und Wirklichkeitsnähe des gesamten Unterrichts, der Gestaltung der Schule zur Arbeits- und Lebensgemeinschaft, der engsten Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus, der Erziehung zu Menschen, die ihr Wohl im Wohl aller sehen, der Erziehung nicht für den gegenwärtigen schlechten, sondern für den künftigen besseren Zustand der menschlichen Gesellschaft im Sinne Kants, der Erziehung, die zu einer Umwälzung der bestehenden Ordnung und zu einer „Erschaffung einer ganz neuen Ordnung der Dinge" im Sinne Fichtes führt — diese Grundsätze sind die wahrhaften Wesenszüge der weltlichen Schule, denen gegenüber das Fehlen des Religionsunterrichtes nur ein Merkmal von untergeordneter Bedeutung ist.

Ergebnis der Erziehung nach solchen Grundsätzen ist natürlich nicht der blinde Kadavergehorsam des SA-Mannes Hitlers, nicht der autoritätsgläubige Untertan Hugenbergs. Daher ihre Feindschaft gegen die weltliche Schule, gegen diesen am weitesten vorgeschobenen Posten im Kampfe um kulturelle, wirtschaftliche und politische Freiheit der deutschen Arbeiterklasse. Was aber jene Mächte der finstersten Reaktion wütend bekämpfen, das wird die deutsche Arbeiterklasse ebenso fanatisch verteidigen müssen. Alle großen Massenorganisationen des Proletariats werden in diesen Tagen ein offenes Bekenntnis zur weltlichen Schule ablegen müssen.

Jeder einzelne Arbeitervater, jede einzelne Arbeitermutter aber werden noch in diesem Monat ihre Kinder in die weltliche Schule an- oder ummelden müssen! Tausende von Kirchenaustritten, Tausende von Einschulungen in unsere weltlichen Schulen müssen die Antwort des klassenbewußten Proletariats auf den drohenden Angriff gegen dieses Stück der modernen Arbeiterbewegung sein!

Das Arbeiterkind gehört in die weltliche Schule!

Meldet eure Kinder in den Sammelschulen an

Droht eine Epidemie?

Schließung sämtlicher Schulen in der Stadt und im Landkreis Waldenburg

Waldenburg, 5. September.

Da die spinale Kinderlähmung in den einzelnen Stadtvierteln und in den verschiedenen Kreisorten immer wieder aufflackert, haben sich die Gesundheitsbehörden der Stadt und des Kreises Waldenburg entschlossen, die Schließung aller Schulen in der Stadt und im Landkreis für die Dauer von 14 Tagen anzuordnen. Bisher sind in der Stadt und im Landkreis Waldenburg insgesamt 20 Fälle spinaler Kinderlähmung gemeldet, auf die Stadt Waldenburg entfallen davon drei.

Weitere Fälle in Trebnitz und Nimptsch

Breslau, 5. September.

Aus Trebnitz und Nimptsch wird je eine Erkrankung an spinaler Kinderlähmung gemeldet. In ersterem Falle handelt es sich um ein dreijähriges Kind, während in Nimptsch ein sechsjähriges Mädchen erkrankt ist. Da es sich um Einzelfälle handelt, liegt zu einer Beunruhigung kein Grund vor.

Fahrlässige Anklage!

Die Arbeiter Koschlick, Kochner und Obst standen am Montag vor dem Breslauer Sondergericht. Die Anklageschrift behauptete, daß sie am 24. Juli dieses Jahres zwei nationalsozialistische Zettelverteiler vor einem Breslauer Arbeitsamt angegriffen hätten.

Sogar die nationalsozialistischen Zeugen vermochten nichts Belastendes gegen die nicht einmal politisch organisierten Proleten auszusagen.

Einer der nationalsozialistischen Zettelverteiler behauptete, Koschlick erkannt zu haben, aber der gleiche Zeuge zeigte seine ganze Unglaubwürdigkeit, als er erklärte: ihn habe ein Mann namens Obst geschlagen, aber dieser Mann sei nicht mit dem Angeklagten Obst identisch.

Schon der Staatsanwalt mußte von den ursprünglichen Behauptungen der Anklage abrücken und für zwei der Angeklagten, Kochner und Obst, Freispruch beantragen.

Das Gericht sah sich genötigt, auch den dritten Angeklagten, gegen den der Staatsanwalt 8 Monate Gefängnis beantragt hatte, da es nicht anzunehmen sei, daß ein Mann wie der Angeklagte, bei einer Schlägerei, untätig in seiner Wohnung bleibe, freizusprechen.

Bis auf weiteres vertagt

Ferner hatte sich ein Nationalsozialist, der am Wahltag politische Gegner mit einer Axt bedroht hatte, wegen unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten. Infolge eines Formfehlers bei der Ladung des Angeklagten, konnte der Nazianwalt Vertagung der Verhandlung beantragen. Das Gericht kam diesem Antrag nach. Es wäre doch sehr schön, wenn einmal eine Verhandlung gegen klassenbewußte Proletarier bis auf weiteres vertagt würde.

Wie das Schmiedeberger Urteil zustande kam

Wir berichteten schon kurz über die Verhandlung, die in Hirschberg gegen 12 Sozialdemokraten und Mitglieder der KPD sowie sogar gegen einen Nationalsozialisten wegen der Schmiedeberger Ausschreitungen geführt wurden.

Aus den weiteren Zeugenaussagen hat sich die Unglaubwürdigkeit der Nationalsozialisten mit besonderer Klarheit ergeben. Die Zahlen, die die Nazi über die bei den Ausschreitungen anwesenden SA-Leute angaben, konnten von den Landjägereibeamten, die gleichfalls vernommen wurden, als zu niedrig widerlegt werden.

Der Führer der SA-Leute, der Zeuge Schwarz, konnte von der Verteidigung als ein durchaus unglaubwürdiger Mensch entlarvt werden, der wegen unrichtiger Beschuldigung seiner Vorgesetzten, von dem früheren König von Preußen als Förster entlassen wurde.

Obwohl sich in dieser Weise nur all zu deutlich gezeigt hat, daß nicht die Reichsbanner und KPD-Leute die Schuld an den Auseinandersetzungen in Schmiedeberg trugen, sondern daß die Nationalsozialisten in provokatorischer Weise Polizeidienste versehen und damit alles weitere selbst verschuldet haben. Wie nicht anders bei einem Sondergericht zu erwarten ist, wurde folgendes Schreckensurteil gefällt. Der Arbeiter Max Hitschel aus Schmiedeberg wurde wegen schweren Landfriedensbruches zu 2 Jahren Zuchthaus, der sozialdemokratische Stadtverordnete und Gewerkschaftssekretär Robert Exner aus Hirschberg, sowie der der gleichen Partei angehörige Abgeordnete Leder aus Schmiedeberg und der Melker Hans Basan aus dem gleichen Ort ebenfalls wegen schweren Landfriedensbruches zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Schmiedeberger Urteil setzt die Kette der Schreckensurteile des Standgerichtsverfahrens fort. Diese Kette der Not und des Unglücks wird für die deutschen Proletarier erst dann reißen, wenn sie sich in gemeinsamer Kampffront unter den Losungen des Sozialismus zusammengefunden haben werden.

Die Erste zwingt zur Zweiten und führt zur Kette!

Das spricht für die hohe Qualität unserer

JUNO

und darf auch als Beweis für ihre Bekömmlichkeit gelten.

Gerade weil Juno auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien verzichtet, vermag diese gute Josetti-Marke alle wichtigen Forderungen der Raucher zu erfüllen:

Erlesene Tabake
Beste Mischung – Volles Format

Die Gerhart Hauptmann-Feiern in Breslau

Die revolutionäre Arbeiterschaft steht abseits

Die Veranstaltungen zu Ehren des Dichterjubiläus Hauptmann haben mit der Enthüllung des Gerhart Hauptmann-Steines in Salzbrunn ihren Abschluß gefunden. Sie begannen mit der feierlichen Eröffnung der Gerhart Hauptmann-Ausstellung in Breslau. Der von Max Hermann-Neisse verfaßte Prolog hierzu hatte Primanerniveau. Oberbürgermeister Wagners Eröffnungsansprache verriet mäßige Qualitäten.

Die Ausstellung selbst erweckte das größte Interesse.

Gleich Raum 1 nämlich will den „sozialen Hintergrund der dramatischen Werke" Hauptmanns zeigen, die Welt der Kohlenbauern in „Vor Sonnenaufgang", der Fuhrleute und Weber im „Fuhrmann Henschel" und Weberdrama, die Welt der Glasbläser in dem Glashüttenmärchen „Und Pippa tanzt". Der wirklich „soziale" Hintergrund ist dabei jedoch ebenso dürftig herausgearbeitet wie bei den Hauptmannschen Stücken. Lediglich „Die Weber" erfahren in diesem Raum eine eingehendere Illustration. Da sieht man Schneers und von Minutolis Werk über die Lage der Spinner und Weber, die Nummern der Zeitungen und Provinzialblätter, die seinerzeit über die Not und den Aufstand berichteten, Zimmermanns Buch über die Textilindustrie und von den 50—60 Gedichten, Skizzen usw. über das Peterswaldauer Ereignis aus jener Zeit wenigstens eine kleine Erzählung von Otto Ruppius. Interessant ist die Statistik über die Unterstützungsbedürftigen. Im Kreise Landeshut sind es nicht weniger als 76 Prozent, im Kreise Bolkenhain 48 Prozent, im Kreise Strehlen 79 Prozent gewesen. Bilder von Weberkaten und Fabrikantenhäusern veranschaulichen den Gegensatz von „Reich und Arm", Aufnahmen verschiedenster Art die primitive Produktionsweise. Daß man den Aufsatz des mit Karl Marx befreundeten Kasematten-Wolff über den Weber-Aufstand, dem selbst Treitschke hervorragende Anerkennung zollt, nicht unter dem Quellenmaterial findet, nimmt einen Wunder.

Raum 2 ist der Stammtafel und Heimat Gerhart Hauptmanns gewidmet, während Raum 3 einen Abriß der literarischen Entwickelung Schlesiens und der Geschichte des pietistisch-herrnhutischen Geistes gibt, unter dessen Einfluß ja viele schlesische Dichter groß geworden sind. Die bildhauerischen Versuche des jungen Hauptmann findet man in Raum 6, desgleichen Zeugnisse aus der Zeit des Studienaufenthalts auf der Breslauer Kunstschule. Die landschaftlichen Eindrücke, die Hauptmann in seiner Heimat, auf Hiddensee und nach Griechenland und Italien reisend, empfing, geistig verarbeitete und künstlerisch zurückgab, hat man in Raum 5 anschaulich gemacht. Der nächste Raum findet wieder stärkeres Interesse. Da schaut man neben Hauptmanns Bildnis in Malerei und Plastik vor allem Orliks wirkungsvolles Weberplakat von 1897 und den berühmten, ebenso erschütternd wie aufrüttelnd wirkenden Weber-Zyklus der Käthe Kollwitz. Einen wie großen Platz die Literatur von und um Hauptmann einnimmt, begreift man in Raum 7. Buchwerke bedeutender Anreger Hauptmanns, interessante Karikaturen, seltene Buchdrucke, Manuskripte und Uebersetzungen des Hauptmannschen Werkes in die Sprachen der verschiedensten Länder der Erde beanspruchen hier unsere Aufmerksamkeit. In welchem Maße schließlich das Hauptmannsche Drama die Bühnenkultur eines halben Jahrhunderts inner- und außerhalb Deutschlands befruchtete und beeinflußte, lehrt der letzte Raum. Die Ausstellung, die Wesentliches in geschickter Anordnung und ansprechender Ausstattung bringt, darf Interesse beanspruchen.

Die schärfste Mißbilligung verdient dagegen die Eröffnungsveranstaltung im Gerhart Hauptmann-Theater. Ueber das Stück, das unsere Ablehnung erfahren hat, haben wir in der gestrigen Nummer schon gesprochen. Daß als nächstes „Die versunkene Glocke", ein gleich symbolistisches Werk Hauptmanns, aufgeführt wird, entspricht ebenfalls nicht den Anforderungen, die die kunstinteressierte Arbeiterschaft an das heutige Theater stellt. Indes ist die Eröffnungsveranstaltung im Gerhart Hauptmann-Theater auch noch nach einer anderen Seite hin bemerkenswert. Als man den Bau des neuen Theaters propagierte und der Unterstützung der Arbeiterschaft bedurfte, hörte man immer wieder, daß das neue Theater ein „Volkstheater" werden solle. Die vorgestrige Vorstellung aber schlug diesem Prinzip geradezu ins Gesicht. Man hatte es durch unerschwingliche Preise verstanden, die kunstinteressierte Arbeiterschaft von dieser Vorstellung auszuschließen, man erlebte eine endlose Auffahrt von Autos, der die befrackte Creme der Gesellschaft entstieg, eine „glanzvolle" Premiere, bei der das „Volk" draußen stand. Wenn Herr Eggers in seiner „Weiherede" nicht ein Wort über die Bedeutung und die Aufgabe der Volksbühnenbewegung, sondern mit billigem Humor und deplazierten Anspielungen über die nun so erfreulich gewordenen „intimsten Räume" des Theaters sprach, scheint uns das ebenfalls nicht den neuesten Geist im neuen Theater zu verheißen.

Am Sonntag folgte die Gerhart Hauptmann-Feier des Arbeiterbildungsausschusses im Konzerthaus. Hier ließ schon die schwarz-rot-goldene Emporenbekleidung an der Unentwegtheit dieser republiklosen „Republikaner" keinen Zweifel. Daß sie Hauptmann ehrten und ehren konnten, ist für die reformistische Ideologie der SPD in der Tat sprechend. Professor Anthes, der eigens aus Lübeck herbeigeholte Festredner, hielt denn auch eine erschreckend nivenulose Rede, die im Prinzip auf eine Propagierung der „reinen Menschlichkeit" und nebelhaften Volksgemeinschaftsideologie hinauslief. Sein Thema „Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk" hat er dabei wie ein schlechter Quartaner verfehlt. Und so verübelt man ihm auch nicht, wenn er sich zu der gemütlichen Behauptung verstieg: „Heute ist in Deutschland vielleicht nicht ein Arbeiter . . ., der nicht wüßte, daß, wenn Gerhart Hauptmann spricht, von ihm gesprochen wird, wenn Gerhart Hauptmann auf der Bühne handeln läßt, von ihm gehandelt wird, der nicht fühlte, daß dieses Dichters Sache seine Sache ist." Also scheint der borussische Byzantinismus, also scheint der inbrünstige Gesang Hauptmanns auf den Preußenkönig:

> Vivat hoch der große König
> Geh nicht von uns, bleibe bei uns.
> Und den deutschen Aar befrei uns;
> Diesen Notschrei tausendtönig
> Zu des Heimatthrones Stufen,
> Wo du sitzest, hör uns rufen.

auch der Ruf des Arbeiters zu sein? Hauptmann selbst sprach nach der Rede des Professors Anthes ebenfalls einige Worte. Aber es war nicht der Dichter der „Weber", der da mit der Anrede begann „Liebe, deutsche Frauen und Männer!" und mit Sätzen fortfuhr, deren Tiefsinn wohl die Hörer dieser Veranstaltung verstanden haben: „Aus weiter Ferne gesehen, wo die Menge und Masse nur unter dem Begriff Menge und Masse zu fassen ist, würde die Menge und Masse sein, ob auch jedes ihrer Mitglieder ein Immanuel Kant, ein Dante, Napoleon oder Beethoven wäre." Nun wissen wir es! Und tatsächlich erhob sich ein tosender Beifall nach Hauptmanns Rede. Er wurde nach Schluß der Veranstaltung unter „Freiheit"-Rufen aus dem Konzerthaus hinausgeleitet, er, der sich erst am 15. Juli dieses Jahres wünschte, Recht zu haben „als Deutscher mit dem Deutschen in bezug auf das nach innen und außen um seine Weite und seinen Luftraum ringende Reich", er, der noch im Kriege den Roten-Adler-Orden 4. Klasse vom Kaiser empfing, wozu sein Biograph feststellt: „Das kuriose Faktum verdient angemerkt zu werden, und wär es nur, um die königstreuen Mannen zum Schweigen zu bringen, die auch heute noch Gerhart Hauptmanns patriotische Gesinnung bezweifeln." E. K.

Beginn der Spielzeit im Stadttheater

„Der Freischütz"

Daß man gerade mit dem „Freischütz", der ersten „deutschen" Oper, die Spielzeit eröffnete, bedeutet wohl auch eine kleine Verbeugung vor den jetzt herrschenden modernen „Bewegungen", ebenso wie der Abdruck von Aussprüchen Richard Wagners über „Weber, den Deutschen" im Programmheft.

Der Text der Oper bleibt schlechte deutsche Pseudoromantik, wenn auch die Verlogenheit sonstiger Operntexte dadurch etwas gemildert wird, daß nicht nur Grafen und Herren, sondern auch das — ach so romantisch geschene — Volk zu Worte kommen. Ein Fürst, der scheinbar gerecht, in Wirklichkeit aber despotisch in das Schicksal zweier Liebenden eingreift, ein Eremit, der plötzlich auftaucht und wie der „reitende Bote des Königs" — wie ihn die Dreigroschenoper parodiert — zum guten Ende führt, das alles fehlt nicht.

Der Musik indessen kann der Text, ich will nicht sagen nichts, aber doch wenig anhaben, besonders, wenn ihre Interpretation so schön ist wie in der Stadttheateraufführung. In dem Dirigenten Franz v. Hoeßlin hat das Stadttheater den leitenden Musiker gefunden, der seit dem Weggang Lerts und Oppenheims fehlte. Gleich die Ouverture wurde mit äußerster Präzision, Elastizität und innerer Spannung, mit Leidenschaft, aber ohne die Willkür gespielt, die man sich romantischer Musik gegenüber manchmal erlauben zu können glaubt. An der weiteren Aufführung fiel die anscheinend sehr enge Zusammenarbeit zwischen Regisseur und Dirigent auf. Sollte es überhaupt in der Absicht Hoeßlins liegen, die viel zu strenge Scheidung zwischen Regie und musikalischer Leitung durch solche intensive Zusammenarbeit zu durchbrechen, so wäre das sehr zu begrüßen, nicht nur im Hinblick auf die Wagneropern.

Die Zusammenarbeit zwischen Regisseur (Georg Hartmann) und Dirigent machte sich besonders in der Gestaltung der Massenszenen bemerkbar, in denen sich eine glückliche Uebereinstimmung zwischen dem musikalischen Ausdruck und der rhythmischen Bewegung der Massen zeigte, die so ihre „Opernsteifheit" verloren und das musikalische wie dramatische Geschehen belebten. Sonst aber hat die Regie ihre Aufgabe nicht ganz gelöst, nämlich mit unseren heutigen Mitteln, von unserem heutigen Lebensstil aus den Zauber einer romantischen Oper einzufangen. Der Dirigent hat es hier leichter, weil die Webersche Musik selbst den Weg weist, wogegen der Regisseur vom Textdichter im Stich gelassen wird. Das Formlose, Wild-Wuchernde der Romantik wird durch allzugroße Sachlichkeit gestört, in der Bauernstube vermeidet man ängstlich „unnütze" Geräte. Auch die Wolfsschlucht wirkt trotz aller möglichen phantastischen Effekten zu nüchtern mit ihren vielen rechten Winkeln und geraden Linien. (Bühnenbilder: Hans Wildermann.) Auch die Solisten schwankten in der Darstellung ihrer Rollen zwischen Realistik und Theatralik. Es ist hier kein Raum, Einzelheiten aufzuzählen. — Die Rolle des Max spielte Rudolf Streletz, stimmlich gut, aber schauspielerisch zu affektiert, daneben stand in zu schroffem Gegensatz (hier macht sich wieder die Halbheit der Regie bemerkbar) der Kaspar G. H. Andras, der seine Rolle sehr realistisch auffaßte. Barbara Reitzner als Agathe, unkleidsam kostümiert, stand gesanglich über dem Durchschnitt der Solisten, darstellerisch leistete sie Gutes, wenn sie auch durch die Regie etwas beengt war (z. B. durch den ausgeklügelten Standortwechsel in der großen Agathenarie). Die Aennchen Wally Mittelstädts ist sowohl musikalisch wie in Spiel noch eine Anfängerin, ihre Stimme trägt in der Höhe noch nicht recht und ihre Heiterkeit ist noch etwas krampfhaft, ungelöst. In den übrigen Rollen waren Pflanzl (Cuno), Werth (Ottokar), Hiller (Eremit) und Frem (Kilian) beschäftigt. Das Orchester bewies wieder, was es unter einem guten Dirigenten zu leisten vermag. Wir nehmen an, Herr von Hoeßlin wird dafür Sorge tragen, daß das Orchester nicht wieder so sehr wie im letzten Jahr überlastet wird. Aus künstlerischen wie aus menschlichen Erwägungen heraus muß eine solche unerträgliche Inanspruchnahme vermieden werden.

„Der Opernball"

Der Text der Operette „Der Opernball" ist ein übliches Opernlibretto. Die Musik von Richard Heuberger ist gefällig, ohne besonders originell zu sein, die Aufführung (Regie: Werner Jakob) flott und unterhaltend. Die Hauptrollen waren mit Herta Böhlke, Herma Kaltner, Ellen Pfitzner, Anny Kunze, Anna Kappama und den Herren Renzhammer, Singer, Klaka, Frum gut besetzt. Das Orchester stand unter der zuverlässigen Leitung Hermann Wetzlars. Die netten Bühnenbilder stammten von Prof. Hans Wildermann. Das Publikum unterhielt sich gut und zeigte sich äußerst beifallsfreudig. (Was das schon besagt!) K.

Zum Großfeuer in Oels!

Tatkräftiges Eingreifen der Bevölkerung verhindert größeres Unglück!

(Sonderbericht der SAZ)

Oels, 5. September.

Am Sonntag vormittag gegen 9,15 Uhr brach in dem Grundstück Ritterstraße 3 auf noch unbekannte Weise Feuer aus. Infolge des starken Westwindes griff das Feuer auf das benachbarte Grundstück über und in kurzer Zeit stand dieses lichterloh in Flammen. Durch den Umstand, daß der größte Teil der Bewohner der beiden abgebrannten Grundstücke mit dem Eisenbahnerverein in Salzbrunn weilten, ist auch eine ganze Menge Mobiliar mitverbrannt. Dank dem tatkräftigen Zugreifen der Bevölkerung ist größerer Sach- und Menschenschaden vermieden worden. Durch das Fehlen der Motorspritze und der genügenden Wassermenge konnte das Feuer derartig um sich greifen, wie es geschehen ist.

Bedauerlich ist das Verhalten des Brandmeisters Richter, der die hilfreiche Bevölkerung von dem Brandherd mit Hilfe der Polizei weglagen wollte, aber dabei an die falsche Adresse kam. Der „Herr" Brandmeister mußte mit seinem Polizeikommissar abziehen und die Bevölkerung half tüchtig weiter an der Bekämpfung des Brandherdes. Wenn es nach einem Herrn R. gegangen wäre, so würde der Brandherd wahrscheinlich größer gewesen sein, als er bereits war. Als erste Wehr am Brandherd war diesmal die Feuerwehr von Rathe erschienen, die aber infolge mangelnder Ausrüstung nichts wesentliches ausrichten konnte, da man auf eine der beiden Oelser Wehren warten mußte — leider war die Motorspritze der freiwilligen Feuerwehr auf der Fahrt nach Wartenberg.— Völlig verbrannt ist das Mobiliar des Arbeiters Hirsch, da nur wenige Stücke gerettet werden konnten.

Achtung! Otto Zimmermann wieder einmal in Breslau. Er gestaltet für die Breslauer Kulturgemeinschaft eine Abendveranstaltung am Donnerstag, den 22. September, 19,30 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße, aus.

Karten im Vorverkauf für 25 und 35 Pfg., an der Abendkasse 10 Pfg. teurer. Fahrradstand gratis. Kartenausgabe an die Vertriebsleute erfolgt Mittwoch in der Versammlung der SAP.

Mitgliederversammlung

der S. A. P. Ortsgruppe Breslau

Mittwoch, den 7. September, 20 Uhr im Bergkeller

Tagesordnung: „Revolutionäre Gewerkschafts-Arbeit", Referent: Enderle

Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Heim 2, Marthastraße 11:
Dienstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Jüngeren.
Donnerstag, 20 Uhr: Das kommunistische Manifest.

Heim 3, Mehlgasse 39:
Mittwoch, 20 Uhr: Arbeitsdienstpflicht ist da — was nun? Referent: E. Stern.
Donnerstag, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

Heim 4, Seydlitzstraße 1
Mittwoch, 20 Uhr: Gewerkschaftspolitik. Referent: A. Enderle.
Donnerstag, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

Heim 5, Friedrich-Wilhelm-Straße 45:
Mittwoch, 20 Uhr: Das kommunistische Manifest Referent anwesend.
Donnerstag, 20 Uhr: Rußlands Jugend. Referentin: Nora Seelig

Heim 6, Bären-Ecke Pöpelwitzstraße.
Donnerstag, 20 Uhr: Jugend im Sowjet-Rußland. Referent: Werner

Monistische Jugend (zentral), Grünstr. 14/16:
Heut 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Referat über: „Das kommunistische Manifest." Gäste willkommen.
Achtung, Heim 1 Genossen!
Donnerstag, Referat über: „Sondergerichte und ihre Auswirkung." Alles erscheinen.
Freitag, Volksbühne. Heut Billett abholen und bald bezahlen

STADTTHEATER
Dienstag 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. A 1
Macbeth
Mittwoch, 20 — 23 Uhr Abonn.-Vorst. B 1
Der Freischütz
Donnerstag, 20 — geg. 22.45 Uhr
Der Opernball

LOBETHEATER
Täglich 20.15 — 22.30 Uhr
Die Journalisten
GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.30 Uhr
Und Pippa tanzt

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger:
30 u. 60 Pfg. das Paket.

Stets frisch zu haben bei
Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig
Mauritius-Platz 1/2
Edeka-Geschäft
Kolonialwaren /Feinkost

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Wedding 3427
Mittwoch, 7. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Mittwoch, 7. Sept. 8.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Stärkt den Pressefond!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau Lohndruck: Th. Schatsky A.G., Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3 1 Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1.50 Porto monatlich

Inseratenpreis Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes

Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 1 Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu senden an Walter Gebuhr, Breslau 5, Kleine Holzstraße 3 Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr 102 92

Zwischenspiel in Amsterdam

Die Erklärungen, die unser Genosse Kurt Rosenfeld als Vertreter der SAP auf dem Amsterdamer Antikriegskongreß abgab, wurden von den anwesenden Delegierten mit großer Zustimmung begrüßt. Sie waren ein rückhaltloses Bekenntnis zum entschiedenen Kampf gegen alle imperialistischen Kriegsversuche und entsprachen in jeder Beziehung den Grundsätzen unserer Partei, die ihre Entstehung ja nicht zuletzt aus dem Gegensatz zum Panzerkreuzer-Kurs der SPD und dem Sozialimperialismus der Zweiten Internationale ableitet. Dementsprechend wurden die Worte Rosenfelds von den meisten Amsterdamer Delegierten auch gewertet. Anders jedoch denkt man darüber offenbar in der Redaktion der Berliner „Welt am Abend", die bekanntlich die engsten Beziehungen zu dem faktischen Hauptregisseur des Antikriegskongresses, Münzenberg, unterhält. Wenigstens ließ sich dieses Blatt über die Rosenfeldsche Rede aus Amsterdam wie folgt berichten:

„Nach Münzenberg sprachen noch eine Reihe anderer Delegierter, u. a. auch der Vertreter der deutschen SAP, Dr. Kurt Rosenfeld, der sich bemühte, zu beweisen, daß auch seine Partei den Kampf gegen den Krieg wolle. Seine Rede wurde mit Schweigen und ironischen Bemerkungen aufgenommen."

Diese Formulierung läßt einen Zweifel über das, was damit gemeint ist, nicht zu. Das Münzenbergsche Organ verschmäht es nicht, Rosenfeld und damit die SAP verlogener Erklärungen zu beschuldigen und unsere Partei verkappter imperialistischer Gesinnung zu verdächtigen. Gehört schon zu solchen Unterstellungen ein großes Maß von Dreistigkeit, so wird dies noch dadurch übertroffen, daß dieselbe „Welt am Abend" in demselben Bericht mit zweispaltiger Ueberschrift als das Hauptereignis des betreffenden Verhandlungstages frohlockend vermeldet:

„Große Begeisterung über die Erklärung von 300 sozialdemokratischen Delegierten".

Hier hält es die „Welt am Abend" nicht für nötig, ein Fragezeichen zu setzen. Sie akzeptiert vielmehr vorbehaltlos, was 300 Sozialdemokraten, die im Gegensatz zu der SAP noch zu der Zweiten Internationale gehören, als wahr und echt, und Münzenberg unterstrich die Erklärung sogar noch durch die Bemerkung: „Dies sei der entscheidende Augenblick gewesen, wenn diese 300 Sozialdemokraten ausgesprochen haben, was die Herzen der Werktätigen der ganzen Welt empfinden."

Wir selber denken über die Bedeutung der sozialdemokratischen Erklärung kaum geringer. Auch wir glauben, daß hinter den Worten dieser Genossen ein tiefer Ernst stehe. Aber warum läßt die Münzenberg-Presse die Aufrichtigkeit nicht auch für die Worte Rosenfelds und damit der SAP gelten, und warum bezweifelt er in dem einen Falle, was er im andern ohne weiteres als wahr unterstellt, obwohl schon die Zugehörigkeit zur Zweiten Internationale immerhin einigen Argwohn durchaus rechtfertigen würde? Nun, die Gründe sind leicht zu finden: In ihrer Erklärung haben die 300 Sozialdemokraten bekundet, daß sie sich gegenseitig als solidarisch betrachten und daß Konsequenzen, die etwa seitens der Zweiten Internationale gegenüber einem einzelnen von ihnen gezogen werden, jeder auf sich beziehen würde. Die sozialdemokratischen Genossen haben somit auf dem Amsterdamer Kongreß die Frage eines eventuellen Austrittes aus der Zweiten Internationale offen aufgeworfen. Hinter einem Austritt erhebt sich aber auch sofort die andere Frage: Wohin sollen und wohin werden diese Genossen in einem solchen Falle gehen? Münzenbergs Wunsch muß natürlich sein, daß diese Sozialdemokraten sich dann der Kommunistischen Internationale zuwenden. Er kann daher nicht gelten lassen, daß es außer den Kommunistischen Parteien noch andere Parteien des Proletariats gibt, die in entschiedener und konsequenter Kriegsgegnerschaft stehen, und also bringt er es fertig, die SAP und ihren Vertreter in Amsterdam zu schmähen und sie mit Verdächtigungen zu überhäufen.

Münzenberg steht im Rufe eines großen Geschäftsmannes. In der Politik erweist er sich jedoch als der kleine Geschäftsmann, der aus purem Neid seinen Konkurrenten diffamiert.

Italien befürchtet das Aussterben der Bourgeoisie

Um den Reiz des Heiratens für die italienische Bourgeoisie zu steigern, wird seit einiger Zeit in Italien Hochzeitsreisenden für die Strecke nach Rom, auf allen Staatsbahnen um 80 Prozent ermäßigte Fahrpreise gewährt. Nachdem die Proletarierfrauen in Italien, wie die neuesten Statistiken zeigen, sich nicht im geringsten um die Gebärbefehle Mussolinis gekümmert haben, soll die bourgeoisie, die von jeher nur den Kindersegen bei den Proleten zu schätzen wußte, dazu veranlaßt werden, mit gutem Beispiel den bockbeinigen Proleten voranzugehen.

Aber die Fürsorge des Faschismus macht an den Grenzpfählen Italiens nicht halt. Grenzenlos ist die Sorge des Faschismus, daß etwa in irgendeinem Lande Europas die Bourgeoisie ohne vorherige proletarische Revolution aussterben könnte. Welcher Bourgeois wollte nicht heiraten, wenn er — das ist die neue Attraktion der italienischen Fremdenindustrie — mit seiner soeben angetrauten Gattin mit 70 Prozent Ermäßigung nach Rom reisen darf?

Wir glauben die Bourgeoisie Italiens und Deutschlands und ganz Europas wird trotzdem nicht ewig herrschen.

Die Grazer Sterilisationsaffäre

Graz, 5. September.

Heute früh wurde der 33jährige in Brasow in Rumänien geborene Mediziner Kornel Barson mit einer schweren Morphiumvergiftung in seiner Wohnung in der Feuerbachgasse aufgefunden. Er steht mit der vorgestern aufgedeckten Sterilisationsangelegenheit in Zusammenhang. Und zwar hat er einen Brief an die Polizeidirektion hinterlassen, in dem er mitteilt, aus Furcht, stündlich verhaftet zu werden, freiwillig aus dem Leben scheiden zu wollen. In dem umfangreichen Brief gibt er noch an, er habe in 50 Fällen operiert. Weiter teilt er die Namen zweier Beteiligter mit, von denen einer der bereits in Haft befindliche bulgarische Mediziner Anastasow ist. Für jede Operation habe er 20 Schilling von der Organisation bekommen. Barson, der eine ganze Reihe von Phiolen von Morphium zu sich genommen hat, wurde in das Landeskrankenhaus gebracht, wo er in schwer bewußtlosem Zustand darniederliegt.

In der Sterilisationsangelegenheit verhaftete die Polizei heute den unter dem Pseudonym Pierre Ramus bekannten anarchistischen Schriftsteller Rudolf Großmann, zu dessen Programm eines „Bundes herrschaftsloser Sozialisten" die Sterilisation gehört. Großmann bestreitet zwar eine direkte Teilnahme an der Sterilisationsangelegenheit, doch geht aus beschlagnahmten Briefen hervor, daß er mit einigen an der Angelegenheit Beteiligten in ständiger Verbindung stand, insbesondere mit dem flüchtigen Agenten der Sterilisationsorganisation Vorhauser aus Graz, dem er Patienten geschickt hat. Großmann wurde vor vier Jahren wegen seiner anarchistischen und antimilitaristischen Tätigkeit aus Deutschland ausgewiesen.

Für 30 Mark zehn Jahre Zuchthaus

Essen, 5. September.

Die Essener Große Strafkammer verurteilte einen 20jährigen und einen 24jährigen hiesigen erwerbslosen Arbeiter zu je fünf Jahren und vier Monaten Zuchthaus sowie zehn Jahren Ehrverlust. Die beiden Angeklagten hatten am 24. Mai eine hiesige Konsumfiliale beraubt und dabei 30 Mark erbeutet. Sie wurden in Wuppertal später von der Polizei bei einem neuen Einbruch festgenommen. Bei der Verhaftung verletzte einer der Einbrecher einen Schutzmann durch einen Schuß.

Durch ausströmende Grubengase vergiftet

Myslowitz, 5. September.

Als die Frau eines im Notschacht bei Myslowitz arbeitenden Arbeitslosen mit Essen zu ihrem Mann kam, traf sie niemanden an. Sie benachrichtigte sofort eine Sanitätskolonne und die Nachforschungen ergaben, daß der 57jährige Johann Denkowski im Notschacht zugleich mit seinem Sohn von ausströmenden Gasen vergiftet worden war. Die Verunglückten befanden sich in einer Tiefe von 15 Metern. Während der Sohn noch am Leben erhalten werden konnte, konnte der Vater nur als Leiche geborgen werden.

Schiffszusammenstoß im Nordostseekanal

Kiel, 5. September.

Der deutsche Dampfer „Quersee" der Schuchmann-Linie Bremerhaven, der mit Getreideladung von Kiel kam, stieß in der Nacht zum Sonntag mit dem norwegischen Dampfer „Jeloe", der mit einer Ladung Felle von Hamburg nach Oslo unterwegs ist, zusammen. Jeloe wurde an der Backbordseite hart getroffen und die Bordwand durchstoßen, sodaß sich der vordere Laderaum sofort mit Wasser füllte. Die Schotten hielten dicht. Bei dem Stoß wurde Jeloe auf die Südböschung geschoben und durch Trossen festgemacht. Dampfer Quersee erlitt Bug- und Stevenschaden über Wasser und wird unter Schlepperhilfe nach Brunsbüttelkoog gebracht, wo er Notreparatur erhält. Der Unfall ist auf einen Ruderkettenbruch bei Quersee zurückzuführen. Die Schiffahrt im Kanal ist an der Unfallstelle nicht behindert. Bergungshilfe wird von zwei Dampfern der Hamburger Bugsier- und Bergungs A.-G. ausgeführt.

Der Pagenmörder geisteskrank?

Berlin, 5. September.

(Eigene Meldung) In der Mordaffäre Rolf vom Busch sind die Berliner polizeilichen Ermittlungen nunmehr abgeschlossen worden, nachdem Busch ein vollständiges Geständnis über die Ermordung des Pagen Schöning abgelegt hat. Der Täter wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der gegen ihn Haftbefehl erließ. Rechtsanwalt Walter Hahn, der Busch bereits in einer früheren Strafsache in Remscheid verteidigt hat, hat nunmehr den Antrag gestellt, seinen Mandanten auf den Geisteszustand untersuchen zu lassen, da die Tat nach ihrer ganzen Ausführung nur in geistiger Umnachtung geschehen sein könne.

Großfeuer in Eibingen bei Rüdesheim

Rüdesheim, 4. September.

In dem in der Nähe von Rüdesheim gelegenen Dorfe Eibingen brach heute nacht Feuer aus. Die alte Pfarrkirche, das Pfarrhaus, die Schule mit mehreren Lehrerinnenwohnungen, das Rathaus, die Gemeindekasse und ein Privathaus fielen dem Brande zum Opfer. In der Kirche befand sich eine neue Orgel, die einen Wert von 30 000 Mark hatte. Erst heute vormittag gelang es, den Brand zu löschen, dessen Ursache noch nicht festgestellt werden konnte.

Kampf mit einem Einbrecher

Sensburg, 5. September.

Nach Zertrümmern einer Fensterscheibe stieg heute nacht ein Einbrecher in die im Walde bei den Schießständen der Schutzpolizeischule gelegene und als Aufbewahrungsort für Waffen benutzte Wohnung des Polizeihauptwachtmeisters Sattler ein, in dessen Haus in letzter Zeit mehrere Einbrüche ausgeführt worden waren und wo deshalb in Abwesenheit Sattlers zwei Polizeihauptwachtmeister als Wache postiert waren. Sofort nach dem Einsteigen schoß der Einbrecher den Polizeihauptwachtmeister Baak nieder und wurde darauf durch den zweiten Polizeihauptwachtmeister niedergestreckt.

Sonntagsrückfahrkarten gelten jetzt bis Montag 12 Uhr

Berlin, 5. September.

Die in Aussicht genommene Verlängerung der Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten ist jetzt mit sofortiger Wirkung durchgeführt worden. Die Rückfahrt, die bisher bis 9 Uhr vormittags angetreten werden mußte, kann nunmehr mit Zügen erfolgen, die den Zielort der Sonntagsrückfahrkarte bis 12 Uhr mittags verlassen. Diese Maßnahme gilt bis auf Widerruf, längstens bis 1. April 1933.

KAFFEE HAG

der coffeinfreie Bohnenkaffee

zu haben bei:

Wilhelm Kupczyk

Schleßwerderstraße 51

Kolonialwaren Lebensmittel

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

36) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50 Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Zwölfhundert Mann stehen angetreten, sechs Reihen auf der Steuerbordseite, sechs Reihen auf der Backbordseite des Schiffes. Die Gesichter sind bewegungslos geradeaus gerichtet. Ein leichter Wind spielt in den Mützenbändern.

Drüben über dem Ufer liegt ein erster roter Streifen.

Papendieck steht in der vordersten Reihe; er sieht über das graue Wasser weg, und er fühlt das Blut in seinen Schläfen hämmern. Der Mann hinter ihm gibt ihm einen leichten Stoß, der neben ihm sagt halblaut:

„Los Hannes, sag ihm Bescheid!"

Einen Moment zögert er noch. Dann gibt er sich einen Ruck, springt sechs Schritte vor und stellt sich vor seinen Ersten Offizier hin. Gleich nach ihm lösen sich noch einige von der Front und stellen sich neben Papendieck auf.

„Nun, was wollen Sie?"

„Wir haben gestern für die Freilassung der Inhaftierten demonstriert, Herr Kapitän. Und da hat man auf uns geschossen!"

„Wer hat auf Sie geschossen?"

„Das Festungskommando hat auf uns schießen lassen, der Festungskommandant Kapitän zur See Heine!"

„Das kann nicht sein, das glaube ich einfach nicht!"

„Aber ich habe es doch selbst gesehen — mit Maschinengewehren, Herr Kapitän!"

Der Erste Offizier wendet sich dem Nächsten zu:

„Und was wollen Sie?"

„Wir verlangen Urlaubsdampfer, wir müssen sofort an Land!"

„Und Sie?"

„Wir verlangen Bestrafung des Festungskommandanten!"

„Wie denken Sie sich das eigentlich? — Einen Urlaubsdampfer — — an Land fahren?"

„Wir wollen mit dem Admiral sprechen!"

„Da haben Sie aber bitte den Dienstweg zu beschreiten! Was heißt überhaupt ‚Wir?' Das gibt es nicht! Jeder hat für sich allein zu sprechen!"

„So siehst du aus!"

„Das war einmal!"

„Wir wollen an Land!"

„Die Gefangenen raus!"

Die Rufe kommen aus den Reihen der angetretenen Mannschaft. Durch die Front geht eine Bewegung. Die Ordnung löst sich auf. Die Menge schließt sich dichter um den Ersten Offizier.

Die Offiziere greifen in die Hosentaschen.

Lautes Johlen beantwortet diese Geste.

„Kameraden!" Der Erste Offizier wendet sich an die Mannschaft; gleichzeitig winkt er den Offizieren begütigend zu.

„Kameraden, die Angelegenheit wird untersucht werden!"

Wieder Johlen und Pfeifen und wieder Rufe:

„An Land!"

„Zum Admiral!"

„Ja — da müssen wir uns mit dem Land in Verbindung setzen und Instruktionen einholen. Herr Oberleutnant, signalisieren Sie an die Station!"

Der Erste Offizier wendet sich wieder der Mannschaft zu:

„Kameraden! Rumschließen! Alle mal herhören: Ich lasse der Station von eurem Wunsch Mitteilung machen. In einer halben Stunde werde ich Antwort haben, so lange bitte ich euch, wegzutreten! Wegtreten!" Er dreht sich um und geht in die Kabine hinunter. Die Offiziere folgen. Auch die zurückgebliebene Mannschaft flutet wieder langsam nach vorn in die Räume zurück.

Noch ehe eine halbe Stunde vergangen ist, übermittelt der Scheinwerfer der Station die Antwort des Admirals: „Den Mannschaften sind Urlaubsdampfer bereitzustellen!"

Bootsmannpfeifen schrillen.

Die Bootsmaaten rufen aus:

„Beurlaubte sich klarmachen!"

„Urlaubskarten empfangen!"

„Beurlaubte — Musterung!"

Die wachfreien Matrosen und Heizer strömen das Fallreep hinunter, etwa fünfhundert Mann. Der wachhabende Leutnant, der die Leute vor dem Verlassen des Schiffes zu mustern hat, kommt zu spät. Er begegnet nur noch einigen hinterher klappenden Trupps. Bonczyk ist einer der letzten. Er war noch im Deck, um sich eine Marmeladenstulle zu holen. Der Leutnant hält ihn an:

„Haben Sie eine Urlaubskarte?"

„Jawohl, Herr Leutnant!"

„Zeigen Sie mal her!"

Bonczyk hält mit der einen Hand die Marmeladenstulle, mit der anderen kramt er in seiner Tasche herum. Die auf dem Dampfer werden ungeduldig.

„Brummschädel, nu komm schon!"

„Wir schmeißen schon los!"

„Dann bleibst du eben an Bord!"

Bonczyk läßt den Leutnant stehen.

Als Letzter kommt er unten an.

Beim Ablegen des Dampfers beugt der Erste Offizier sich über die Reeling und ruft hinunter: „Kameraden, wann wollt ihr an Bord zurückkommen? Und wann wollt ihr essen und was wünscht ihr zu essen?"

Die auf dem Dampfer starren mit offenen Mäulern zu ihrem Ersten Offizier hinauf. Solche Sprache hat noch niemand gehört und niemand hätte solche Fragen für möglich gehalten.

Einen Moment lang ist Stille.

Dann ruft ein Heizer zurück:

„Nachtigall, ick hör dir trapsen!"

Der Dampfer legt vom Schiff ab. Kurze Zeit später setzt er die Beurlaubten an Land. Etwa dreihundert Mann setzen sich in geschlossener Marschkolonne nach der Stadt zu in Bewegung. Die übrigen verstreuen sich in die Nebenstraßen, um den Tag auf ihre Weise zu verbringen.

Vor der Feldstraße macht der Trupp Halt.

Die Fenster vom „Kaiserkaffee" sind eingeschlagen. Auf der Straße liegen noch die Scherben. Und auf dem Pflaster sind noch große Blutflecke vom Abend vorher zu sehen; Blutspuren führen in die Tür des Kaffees, in das man die Sterbenden und Verwundeten hineingetragen hat.

Ein Heizer hält eine Ansprache. Die Anwohner machen die Fenster auf und hören zu, auch die Mannschaft einer vorbeikommenden Patrouille bleibt stehen. Der Heizer endet mit drei Hurras auf die gefallenen Opfer und mit dem Gelöbnis, sie zu rächen.

„Hurra!" rufen die versammelten Heizer und Matrosen.

„Hurra!" rufen die Frauen aus den Fenstern herunter.

„Hurra!" fallen auch die Mannschaften der Patrouille in den Ruf ein und schwenken ihre Mützen.

Das war morgens um acht.

Eine Stunde später stehen die „Kurfürst"-Leute vor der Kaserne der Torpedodivision. Sie können nicht hinein, die Tore sind durch starke Postenketten abgeriegelt. Auch Matrosen von anderen Schiffen und anderen Landformationen haben sich angesammelt. Ein Gerücht jagt das andere. Doch keiner weiß, was eigentlich los ist.

In Wirklichkeit hat sich folgendes zugetragen:

Eine Matrosenkompanie der Garnison hat am frühen Morgen die Munitionskästen aufgebrochen, hat sich bewaffnet und ist nach dem Gefängnis abmarschiert, um Kameraden zu befreien. Vor dem Gefängnis wurde sie von einem starken Rekrutenaufgebot der Werftdivision zerstreut. Wieder in ihre Quartiere zurückgekehrt, wurde die Kompanie entwaffnet und von Matrosen der Torpedodivision als Gefangene abgeführt. Unterwegs machten die Torpedomatrosen mit der meuternden Kompanie gemeinsame Sache und ließen sie wieder laufen. Und jetzt ist die Torpedokaserne ein Anziehungspunkt für alle in Kiel herumschweifenden Heizer und Matrosen geworden. Hereingelassen wird keiner, aber es werden immer mehr und immer dichter drängen sich die Massen an den Toren.

In der Kaserne herrscht großer Betrieb.

(Fortsetzung folgt.)

Der kommende Gift- und Brandkrieg

Ein wissenschaftliches Buch als Alarmsignal — Das wahre Gesicht des „humanen" Gaskrieges — Menschliche Versuchskaninchen — Es gibt keinen Schutz für die Zivilbevölkerung! — Resignation oder Kampf?

Die Abrüstungskonferenz hat mal wieder Ferien gemacht — die Rüstungen gehen weiter! Alle bisherige „Abrüstung" entpuppt sich als Umrüstung: unbrauchbar gewordene oder zu kostspielige Waffen werden international abgeschafft, damit man umso ungehemmter auf allen anderen Gebieten rüsten kann. Gleichzeitig spitzen sich die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze der Mächtegruppen, trotz Verständigung in Einzelfragen, mehr und mehr im Weltmaßstabe zu. Der nächste Krieg ist, wenn nicht alle Zeichen trügen, viel näher, als die Arglosen ahnen.

Umso wichtiger wird unsere Rüstung gegen den Krieg. Ein nicht unwesentlicher Teil dieses Kampfes besteht in der Verbreitung des Wissens über den vernichtenden Charakter eines neuen Krieges. Die Anhänger des Krieges sind emsig bemüht, die Massen darüber hinwegzutäuschen, daß die Kriegstechnik Fortschritte gemacht hat, die den Weltkrieg von 1914 bis 1918 so harmlos erscheinen lassen, wie den damaligen Kämpfern die Schlachten des Jahres 1870. Wir müssen diesem bewußten Massenbetrug

die nüchterne, grauenhafte Wahrheit

entgegenstellen.

Unentbehrlich für diese Aufklärungsarbeit ist das neue Buch der Schweizer Chemikerin Gertrud Woker „Der kommende Gift- und Brandkrieg" (Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig; geheftet 3.60 RM., gebunden 4.80 RM). Es erscheint gerade im richtigen Augenblick — noch ist es nicht zu spät, die Massen gegen das ihnen drohende Unheil auf den Plan zu rufen. Der Inhalt dieses Buches muß geistiger Besitz der Allgemeinheit werden.

Mit einer erdrückenden Fülle von Material unter Verwendung der internationalen Fachliteratur erhärtet Gertrud Woker im wesentlichen zwei entscheidend wichtige Thesen. Erstens beweist sie, daß der Giftgaskrieg alles andere als „human" sein würde, und zweitens zeigt sie, daß es einen Schutz der Zivilbevölkerung in einem künftigen Kriege nicht gäbe. Damit werden den Anhängern des Krieges ihre wichtigsten Behauptungen aus der Hand genommen.

Die Gaswaffe soll, so wird von Kriegsanhängern behauptet, „human" sein, weil sie angeblich nicht die Tötung des Gegners, sondern nur seine Kampfunfähigkeit erreichen will. Die Verwendung der Gaswaffe im vergangenen Weltkriege und noch mehr die seitdem gesammelten Erfahrungen erweisen das Gegenteil. Die Gaswaffe soll töten — und sie tötet in der denkbar grausamsten Weise.

Furchtbarste Qualen sind die Begleiterscheinungen des Gastodes.

Dem Phogentod zum Beispiel geht eine sich mehr und mehr steigernde Atemnot voraus, die Atmung ist stark beschleunigt, unmittelbar vor dem Tode wird sie jedoch langsam, schnappend und krampfartig. Schaum tritt aus dem Mund, das Gesicht färbt sich blau, die Pupillen sind erweitert — der Tod kann im Kollaps eintreten, oder er erfolgt mit allen Zeichen schwerster Erstickungsnot, unter Krämpfen. Andere Gasvergiftungen führen zu einem Erstickungstod, der sich über Wochen erstreckt. Wieder andere Gase vernichten die menschliche Haut; die Lebewesen mit der zartesten Haut, also die Kinder, werden die ersten Opfer dieses Vernichtungsmittels sein. Es ist grauenhaft, aber notwendig, diese Schilderungen, die ausnahmslos auf strengster wissenschaftlicher Forschungsarbeit basieren, in dem Buch von Gertrud Woker zu lesen.

Diese „humanen" Gase werden auch jetzt mitten im Frieden, an lebenden, gesunden Menschen praktisch erprobt! Seit Jahren werden in USA, in England, in Polen — und sicher auch in anderen Staaten — Soldaten abkommandiert, um die Wirkungen der neuesten Giftgase auf den menschlichen Körper genau studieren zu können. Nicht nur an Mäusen, Meerschweinchen, Kaninchen, Katzen und Hunden werden diese Versuche gemacht — nein, auch an Menschen, die sich vorher vollkommenster Gesundheit erfreuen und die nach den Experimenten in einem hohen Prozentsatz der Fälle den furchtbarsten Qualen, oft lebenslänglichem schrecklichstem Siechtum ausgesetzt sind. So herrlich offenbart sich die Kultur unseres gepriesenen Jahrhunderts. Wobei die ständige Gefährdung der mit der Giftgasfabrikation beschäftigten Arbeiter nicht vergessen werden darf. Von diesen Gefahren erhält man einen Begriff auf folgendem, der „Zeitschrift für experimentelle Medizin" (Band 13, Seite 493) entnommenen Bericht:

„Der zweite Fall von Vergiftung betraf einen 28jährigen Mann, welchem im Füllbetrieb beim Schließen einer Gelbkreuzgranate Flüssigkeit auf die Kleider geraten war; dabei waren außer den Händen vor allem die Innenflächen der Oberschenkel und die Geschlechtsorgane gefährdet, weil die Geschosse bei der Arbeit zwischen den Oberschenkeln gehalten werden.

Krankheitsgeschichte: Am 20. 6., früh, Vergiftung; am Abend desselben Tages wegen Heiserkeit, Conjunctivitis (Augenentzündung) ins Lazarett. Verbrennungserscheinungen an den Innenflächen der Oberschenkel, an den äußeren Geschlechtsteilen, am Kreuzbein, am Unterleib. Am 28. 6. (nach 8 Tagen) Lungenentzündung. Am 4. 7. Tod (nach 14 Tagen)."

So, in tausend grauenhaften Variationen, wäre das Schicksal der Zivilbevölkerung in einem künftigen Kriege. Dagegen — das muß gerade in den Zeiten des Luftschutzrummels unwiderleglich gesagt werden — gibt es keinen Schutz. Die Größe der Gefahr besteht ja vor allem darin, daß im modernen Kriege

niemals nur eine Waffe angewandt

wird. Die Kombination verschiedenartiger Vernichtungsmittel und die unerhörte Steigerung ihrer Intensität vervielfachen ihre Durchschlagskraft und machen jedes Schutzmittel illusorisch. Was nützen Gasmasken, wenn der Angriff so überraschend erfolgt, daß gar keine Zeit bleibt, sie aufzusetzen — oder wenn zuerst erstickende Gase abgeblasen werden, die durch ihre Reizwirkungen zum Abnehmen der Masken zwingen — oder wenn der Gasangriff so lange fortgesetzt wird, bis der in der Maske enthaltene Abwehrstoff verbraucht ist — oder wenn neben den vergiftenden Gasen andere eingesetzt werden, die den gesamten Körper gefährden und tödlich wirken, wenn sie nur die winzigste Hautstelle berühren?! Was helfen Unterstände und Keller und besonders ausgebaute Treppenhäuser, wenn mit dem Gasangriff selbstverständlich das Abwerfen von Brand- und Explosivbomben Hand in Hand geht und so alle Fensterscheiben zerspringen, alle Kraftzentren vernichtet werden, an hundert Stellen zugleich unlöschbare Brände entstehen?! Und wenn vielleicht noch der bakteriologische Krieg hinzukommt, dessen Entwicklungsmöglichkeiten heute noch unübersehbar sind?!

Es gibt gegen diese Gefahren keinen technischen Schutz. Es besteht auch keine Sicherheit, daß eine völkerrechtliche Humanisierung des Krieges durch das Verbot einzelner Waffen und Kampfmethoden das Schlimmste verhütten würde. Seit Jahrzehnten war die Verwendung giftiger Gase verboten gewesen — die kriegführenden Staaten haben diese Vorschriften 1914 bis 1918 unbeachtet gelassen, und sie würden künftig nicht anders handeln. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder wir befolgen den Rat, den uns der technische Leiter eines staatlichen Giftgaslaboratoriums aus sicher sehr genauer Sachkenntnis heraus gibt: uns vorher aufzuhängen, um so dem noch Gräßlicheren zu entgehen, oder wir tun alles, um den

Massenwiderstand gegen das neue Massenmorden

zu wecken, zu steigern, zum Erfolge zu führen! Gertrud Wokers Buch wird uns dabei entscheidend helfen können.

Gegen die Verschärfung der Festungshaft!

In der Hamburgischen Festung Bergedorf und in einer Reihe anderer Festungen ist unter den Festungsgefangenen eine erhebliche Unruhe entstanden, die sich in einigen Fällen bis zum Hungerstreik gesteigert hat. Den Grund hierfür bildet die Durchführung der neuen Bestimmungen über die Festungshaft, die die Reichsregierung vor kurzem herausgegeben hat. Durch diese neuen Bestimmungen wird die Lage der Festungsgefangenen so verschlechtert, daß man mit Recht von einer völligen Veränderung dieses Strafvollzugs sprechen kann.

Die Festungshaft bestand bisher (mit Ausnahme der Zustände in den bayerischen Festungen) eigentlich nur aus dem zwangsweisen Aufenthalt in der Festung, wobei den Gefangenen ihre Zeit fast restlos zur Verfügung stand und auch unbeaufsichtigte Ausgänge in die Stadt üblich waren. Jetzt kommt dieser Stadtausgang in Fortfall, und es wird den Gefangenen eine täglich sechsstündige zwangsweise Beschäftigungszeit unter Verschluß ihrer Hafträume zudiktiert.

Die Festungsgefangenen machen dagegen geltend, daß sie zu einer solchen Strafe nicht verurteilt worden seien und daß diese Aenderung der Festungshaft eine ungerechtfertigte Aenderung und Verschärfung des Urteils bedeute. Vielleicht, so argumentieren sie mit starker Berechtigung, hätten die Richter zeitlich geringere Strafen ausgesprochen, wenn sie gewußt hätten, daß diese neuen Haftbestimmungen zur Durchführung gelangen würden.

Die Verordnung über die Verschärfung der Festungshaft ist von der Regierung im Zusammenhang mit der Verordnung gegen den politischen Terror erlassen worden. Gerade die Festungsgefangenen haben aber mit diesem politischen Terror nichts zu tun, denn ihre politischen Vergehen datieren aus einer früheren Zeit und die Sondergerichte verurteilen nicht zu Festungsstrafen. Praktisch ist es also so, daß die Festungsgefangenen während ihrer Strafverbüßung erneut bestraft werden, und zwar für Taten, die sie nicht begangen haben.

Es ist noch bemerkenswert, daß diese Umgestaltung der Festungshaft unter dem Justizminister Dr. Gürtner erfolgt, der bereits bald nach der Revolution in Bayern die dortige Festungshaft für proletarische Gefangene praktisch in ein Mittelding zwischen Gefängnissen und Zuchthäusern umgewandelt hat. Man braucht nur an die seinerzeit viel besprochenen Zustände in der Festung Niederschönenfeld zu denken, in der Toller, Mühsam und viele andere proletarische Gefangene gelitten haben. Jetzt sieht Herr Dr. Gürtner seine Aufgabe darin, die segensreichen Zustände der bayerischen Justiz auf das übrige Reich zu übertragen. Unser schärfster Widerspruch muß ihm darauf antworten!

Südosteuropäische Wiederaufbaukonferenz eröffnet

Stresa, 5. September.

Die erste Sitzung des Komitees für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der südosteuropäischen Staaten fand heute nachmittag um 4 Uhr statt. Vor seiner Begrüßungsansprache verlas der Präsident der Konferenz, der ehemalige französische Handelsminister Georges Bonnet, ein Glückwunschtelegramm der Internationalen Handelskammer. Ferner ernannte er den Völkerbundsbeamten Stencek unter allgemeiner Zustimmung zum Generalsekretär der Konferenz. Er unterrichtete dann die Versammlung von der Bitte Lettlands, an den Konferenzarbeiten teilnehmen zu dürfen. Es entspann sich eine kurze Debatte, in der der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Posse, darauf hinwies, daß Deutschland nichts gegen die Zulassung Lettlands einzuwenden hätte. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß man bei der Erfüllung des lettländischen Wunsches sich ähnlichen Wünschen anderer Staaten, wie z. B. der Sowjetunion, nicht verschließen könne. Der italienische Hauptdelegierte De Michelis stimmte Ministerialdirektor Dr. Posse zu, während der Vertreter des Blocks der Agrarstaaten nur für Lettland eine Ausnahme machen wollte. Die Frage wurde dadurch gelöst, daß der lettländische Delegierte als Beobachter zu den Konferenzarbeiten zugelassen wurde.

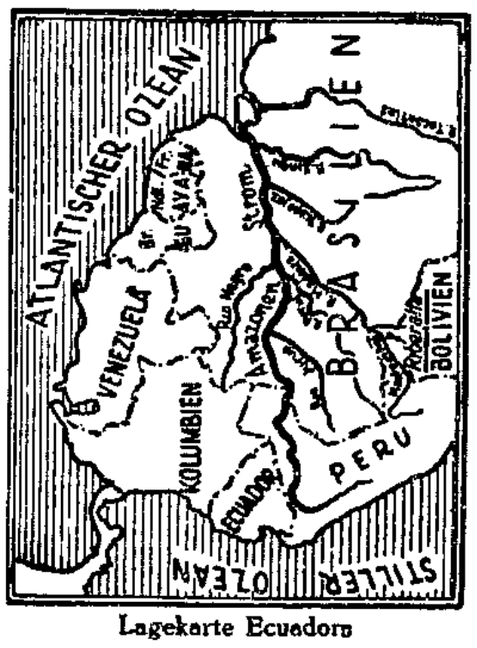
Der Präsident der Konferenz hielt daraufhin seine Begrüßungsansprache, in der er eine eingehende Beschreibung der Krise in den südosteuropäischen Ländern und ihrer Ursachen gab. Zur Behebung der Krise müsse man Maßnahmen auf lange Sicht im Sinne der Lausanner Beschlüsse ergreifen. Man dürfe die südosteuropäischen Länder nicht als einzelne Elemente betrachten, sondern als eine wirtschaftliche Einheit. Ohne eine Einigung in Stresa könne die Weltwirtschaftskonferenz keinen Erfolg haben. Kein Land Europas könne es sich heute mehr leisten, sich abseits von den anderen zu stellen. Die Wiederaufbauarbeit sei eine Sache aller.

1000 Tote in der Straßenschlacht

Der Aufstand in Ecuador angeblich niedergerungen

Quito, 4. September.

WTB. Regierungstreue Truppen haben die letzten Reste der Aufständischen zur



Lagekarte Ecuadors

Übergabe gezwungen. Senatspräsident Martinez hat provisorisch das Amt des Senatspräsidenten übernommen.

Quito, 5. September.

WTB. Nach einer Schätzung des Roten Kreuzes sind in den dreitägigen Straßenkämpfen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen 1000 Personen getötet und 732 verletzt worden. Mit Ausnahme des nordwestlichen Teiles von Quito, wo sich die Aufständischen noch halten, haben die Regierungstruppen die ganze Stadt besetzt.

Präsidentschaftswahlen in Ecuador

Quito, 5. September.

Die Präsidentschaftswahlen sind auf den 30. und 31. Oktober festgesetzt worden.

China-Japan Krieg?

General Muto

der Sondergesandte Japans bei der Mandschurischen Republik, soll mit der mandschurischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen haben, nach dem Japan berechtigt ist, seine Truppen in der Südmandschurei gegen China aufmarschieren zu lassen.

Karte der Mandschurei mit der Südprovinz Jehol.

Die mandschurische Regierung hat, anscheinend auf Weisung Japans, ein scharfes Ultimatum an die chinesische Regierung gesandt, in dem die Einstellung des Bandenkrieges gefordert wird. Da China dieses Ultimatum nicht beantworten wird, befürchtet man eine Besetzung Jehols und der angrenzenden chinesischen Gebiete durch japanische Truppen.

Ende des Hafenarbeiterstreiks in Gdingen

Ein Teilerfolg — Die Matrosen streiken weiter

Warschau, 5. September.

Der Hafenarbeiterstreik in Gdingen ist beigelegt. Die durch die Vermittlung der Regierungsstellen erzielte Verständigung sieht die Ausarbeitung eines Sammelabkommens bis zum 1. Oktober vor. In der Zwischenzeit sollen die Hafenarbeiter einen fünfprozentigen Zuschlag zu den bisherigen Löhnen erhalten. Alle anderen Streitfragen sollen später geregelt werden.

Der freigewerkschaftliche Transportarbeiterverband wollte diese Kompromißlösung ursprünglich ablehnen. Da aber die beiden nichtsozialistischen Verbände vorzeitig die Waffen streckten, mußte auch er schließlich nachgeben. Die Arbeit im Hafen wurde am Montagmorgen wieder aufgenommen. Die Matrosen beabsichtigen, den Streik fortzusetzen, um weitere Verhandlungen zu führen.

Seeleute übt Solidarität!

Für holländische Schiffe nicht anmustern

Seit dem 30. August streiken die Seeleute und Offiziere der holländischen Schiffahrt. Die Reeder wollen die Heuern durchschnittlich um 20 Prozent herabsetzen und es den ihnen angeschlossenen Gesellschaften freistellen, ihre Schiffe event. unter englischer Flagge fahren zu lassen und englische Seeleute anzumustern, zu den niedrigen englischen Heuern. Offiziere und Mannschaften weigern sich, auf allen Schiffen anzumustern, die versucht haben, neue Besatzungen heranzuziehen, auch dann, wenn sie die alten Heuern zahlen wollen.

Die holländischen Organisationen ersuchen alle Seeleuteorganisationen im Ausland dringend, für holländische Schiffe nicht anzumustern, solange der Konflikt dauert.

Abwürgungsversuch im englischen Baumwollstreik

WTB. London, 5. September.

Der Arbeitsminister beschloß, die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Baumwollindustrie Lancashire zu Besprechungen mit den Vertretern der Regierung schriftlich einzuladen. Sofort nach Empfang der Antwort auf dieses Schreiben wird sich ein Vertreter des Ministeriums nach Manchester begeben.